



TOP Ia Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
Aussprache zum Leitantrag

Titel: Gewalt gegen Ärzte eindämmen

EntschlieÙung

Auf Antrag von Dr. Christian Albring, Wieland Dietrich, Dr. Ivo Grebe, Dr. Petra Bubel, Prof. Dr. Dr. dent. Christof Hofele und Christa Bartels (Drucksache Ia - 16) fasst der 121. Deutsche Ärztetag 2018 folgende EntschlieÙung:

Der 121. Deutsche Ärztetag 2018 fordert den Gesetzgeber, die Bundesärztekammer und die Landesärztekammern auf, der zunehmenden Gewalt gegen Ärztinnen und Ärzte und medizinisches Personal entgegenzuwirken.

Der Gesetzgeber ist aufgefordert, die ambulant und stationär tätigen Ärztinnen und Ärzte in den Straftatbestand (§ 115 StGB) mit aufzunehmen. Das 52. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften ist am 30. Mai vergangenen Jahres in Kraft getreten. Durch die jüngste Änderung des Gesetzes Ende April haben tätliche Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungsdienstmitarbeiter ein höheres Strafmaß erhalten. Ärztinnen und Ärzte und ihr medizinisches Personal wurden dabei nicht berücksichtigt.

Die Bundesärztekammer und die Landesärztekammern müssen die Berichts- und Meldekultur bei solchen Vorfällen verbessern. Gewalt gegen Ärzte und medizinisches Personal nimmt immer mehr zu. Der Ärztemonitor 2018 berichtet davon, dass jeder vierte Praxisarzt in seinem Berufsleben in Berührung mit körperlicher Gewalt gekommen ist. Im Schnitt kommt es an jedem Tag zu rund 280 gewaltsamen Übergriffen in deutschen Arztpraxen. Da nur jeder vierte tätliche Angriff auch zur Anzeige gebracht wird, kommen viele Täter ungeschoren davon. Vier von zehn Ärztinnen und Ärzten wurden im letzten Jahr Opfer von verbaler Gewalt. Hier kommt es mit rund 2.800 Vorfällen am Tag zu zehnmals mehr Vorfällen als bei körperlicher Gewalt.

Krankenkassen und Politik sind daher auch gemeinsam gefordert, Sparmaßnahmen an die Bevölkerung bzw. die Versicherten offensiv selbst zu vertreten. Der Missbrauch der Ärzte durch das Überbringen "schlechter" Botschaften, die diese nicht zu vertreten haben, muss beendet werden.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0